

Zusammenfassung

2021 gab wenig Anlass für geopolitischen Optimismus. Nahezu jeden Monat beherrschte eine neue Krise die Schlagzeilen und trug zu dem Gefühl bei, dass die stetig anwachsende Flut von Krisen uns zu überwältigen droht.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass in Europa und darüber hinaus die Sorge vor einem zunehmenden Kontrollverlust weit verbreitet ist ([Kapitel 1](#)). Tatsächlich spiegeln die Daten des Munich Security Index 2022 nicht nur das hohe Risikoniveau wider, das die Befragten in den G7- und BRICS-Ländern wahrnehmen, sondern reflektieren auch eine „kollektive Hilflosigkeit“ angesichts einer Vielzahl von sich wechselseitig verstärkenden Krisen. Ebenso wie Menschen an „erlernter Hilflosigkeit“ leiden können – ein Konzept aus der Psychologie, das das Gefühl beschreibt, man könne die eigene Lebenssituation nicht zum Positiven verändern – können auch Gesellschaften zu der Überzeugung gelangen, dass sie nicht in der Lage sind, die Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen, in den Griff zu bekommen. Ob es sich um die nie zu enden scheinende Coronaviruspandemie, die immer stärker spürbare Bedrohung durch den Klimawandel, die Schwachstellen einer vernetzten Welt oder zunehmende geopolitische Spannungen handelt – all diese Phänomene tragen zu einem Gefühl des Kontrollverlusts bei. Insbesondere liberale Demokratien scheinen sich überfordert zu fühlen. Diese Einschätzung ist brandgefährlich, denn sie kann zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Gesellschaften, die zu dem Schluss gekommen sind, dass sie die schwierigsten Probleme der Menschheit nicht lösen können, werden unter Umständen gar keine Versuche mehr unternemen, das Ruder herumzureißen. Werden sich unsere beanspruchten und überforderten Gesellschaften am Ende mit dem düsteren Szenario abfinden, das sie als ihr Schicksal ansehen, obwohl sie die Instrumente und Ressourcen besitzen, um es abzuwenden?

Leider haben die Entwicklungen des letzten Jahres die Bedenken eher verstärkt. Mit dem chaotischen Abzug aus Afghanistan etwa wurde auch die Debatte darüber neu belebt, was internationale Interventionen überhaupt realistisch erreichen können. Angesichts der begrenzten Erfolge der Vereinigten Staaten und ihrer Partner in Afghanistan ([Kapitel 2](#)) stellt sich die

Frage, ob der Westen eigentlich in der Lage ist, anderswo leistungsfähige, legitime staatliche Strukturen aufzubauen und Stabilität zu fördern. Da Afghanistan inzwischen auf eine der schlimmsten humanitären Krisen zusteuert und bürgerliche Freiheiten unter der Herrschaft der Taliban stark beschnitten werden, sind die Investitionen aus zwei Jahrzehnten externer Intervention in Gefahr. Und während der Westen einen „endlosen Krieg“ beendet hat, blicken die Menschen in Afghanistan in eine ungewisse Zukunft.

Die Entwicklungen in Afghanistan haben zudem die Debatte über das europäische Engagement in Mali und der Sahelzone weiter angeheizt ([Kapitel 3](#)). Obwohl die friedensfördernden Aktivitäten in dieser Region seit 2013 massiv ausgeweitet wurden, verschlechtert sich die Sicherheitslage zusehends. Die malische Regierung hat sich dabei als äußerst schwieriger Partner für die internationale Gemeinschaft erwiesen – und das bereits bevor sie Gespräche mit russischen Söldnern aufnahm. Aufgrund zunehmender Gewalt in Mali und den Nachbarstaaten ist es für externe Akteure immer schwieriger geworden, die Wurzeln regionaler Probleme anzugehen – darunter schwache Entwicklung, Menschenrechtsverletzungen und grassierende Korruption.

Die Sahelzone ist nicht die einzige Konfliktregion, in der der Gegenwind für internationale Stabilisierungsbemühungen wächst. Nach einer Phase der Demokratisierung und der Hoffnung auf regionale Versöhnung am Horn von Afrika und am Arabischen Golf zeichnet sich dort nun eine erhebliche Destabilisierung ab ([Kapitel 4](#)). In Äthiopiens nördlicher Region Tigray herrscht seit November 2020 ein Bürgerkrieg, der eine schwerwiegende humanitäre Notlage verursacht hat. Da die Region am Roten Meer ein wesentlicher Knotenpunkt für den internationalen Handel, eine entscheidende sicherheitspolitische Schnittstelle zwischen dem Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und dem Indopazifik, sowie eine zentrale Drehscheibe für Extremisten ist, werden die Konsequenzen einer Eskalation der dortigen Konflikte sehr wahrscheinlich weit über die Region hinaus zu spüren sein. Damit zeigt die Situation am Horn von Afrika, dass die weltweiten Konflikte nicht abwarten, bis der Westen seine Lehren aus Afghanistan gezogen hat.

Gleichzeitig wecken die zunehmenden Spannungen im indo-pazifischen Raum und in Osteuropa bei den transatlantischen Partnern noch eine zusätzliche Furcht: die vor einem Krieg. Nichts verdeutlicht die Rückbesinnung auf territoriale Verteidigung im Westen besser als die sich zuspitzende Sicherheitslage an der Ostflanke der NATO ([Kapitel 5](#)). In den

vergangenen Monaten machte Moskau unmissverständlich klar, dass es eine Revision der europäischen Sicherheitsordnung anstrebt. Die russischen Entwürfe für neue Sicherheitsverträge verdeutlichen, dass Russland einen „Einflussbereich“ in seiner Nachbarschaft fordert, der die Souveränität von Ländern wie der Ukraine infrage stellt. Die rhetorische Eskalation und die militärische Aufrüstung Russlands rufen in ganz Europa ernsthafte Sicherheitsbedenken hervor. Zwar sind sich die Expertinnen und Experten uneinig, welche konkreten Ziele Präsident Wladimir Putin verfolgt, sicher ist aber, dass sich die Debatte über die Grundprinzipien europäischer Sicherheit und wie diese zu verteidigen sind in den kommenden Monaten weiter zuspitzen und die europäischen Staats- und Regierungschefs mit schwierigen politischen und militärischen Fragen konfrontieren wird – Fragen, die sie dazu zwingen werden, Stellung zu beziehen und ihre strategische Haltung zu überprüfen.

Während klassische Sicherheitsbedenken auf die Agenda zurückgekehrt sind, hat die Corona-Pandemie zusätzlich gesellschaftliche Verwundbarkeiten aufgedeckt, die verschiedene Politikfelder prägen. Unter anderem hat sie erhebliche Abhängigkeiten in den Lieferketten kritischer Technologien offenbart, aber auch eklatante soziale Ungleichheiten und ihre nachteiligen Folgen für globale Krisenresilienz.

Die Pandemie und die jüngsten geopolitischen Entwicklungen haben die Schwachstellen im Technologiesektor weiter in den Fokus gerückt ([Kapitel 6](#)). Ein Beispiel dafür, was passieren kann, wenn Lieferketten von einzelnen Ausfallpunkten (*Single Points of Failure*) und geopolitisch brisanten Bezugsquellen abhängig sind, ist der anhaltende globale Versorgungsengpass in der Halbleiterindustrie. In Zeiten des Systemwettbewerbs wächst das Risiko für strategisch wichtige Lieferketten in der Technologiebranche beständig. Diese Erkenntnis führte in den USA, Europa und anderen Hightech-Volkswirtschaften zu einem Umdenken in der Industriepolitik. In dieser Hinsicht hat China, dessen umfassender Ansatz der Wirtschaftsplanung seit langem auf die Förderung des einheimischen Technologiesektors ausgerichtet ist, einen Vorsprung. Ansätze, die auf „Onshoring“ basieren, also der Verlagerung des Produktionsprozesses vom Ausland ins Inland, haben jedoch ihre Grenzen. Um die Resilienz ihrer Lieferketten zu erhöhen, ergründen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger deshalb zunehmend die Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Partnern.

Covid-19 hat auf brutale Weise Ungleichheiten sichtbar gemacht, die innerhalb und zwischen Staaten bestehen (Kapitel 7). Dabei ist die Pandemie nicht die einzige Gefahr für die Menschheit, die untrennbar mit globalen Ungleichheiten verknüpft ist. Der Klimawandel ist ein weiteres Beispiel für eine Sicherheitsbedrohung, die bestehende soziale und wirtschaftliche Klüfte nicht nur verstärkt, sondern der die internationale Gemeinschaft unter den Bedingungen massiver Ungleichheit auch nicht Herr werden kann. Solange das Coronavirus in einigen Ländern und Regionen weiter wütet, ist kein Land vor der Covid-19-Pandemie sicher. Und solange weniger entwickelte Länder nicht über die Mittel für eine nachhaltige, kohlenstoffarme Entwicklung verfügen, kann die Erderwärmung nicht wirksam begrenzt werden. Es wird immer deutlicher, dass Resilienz im Angesicht aktueller und künftiger Bedrohungen nur dann zu erreichen ist, wenn Gesellschaftsverträge innerhalb von Ländern erneuert und Solidarität zwischen Staaten gestärkt wird. Entscheidend hierfür wären beherzte Schritte, um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung doch noch zu erreichen.

Trotz dieser und vieler weiterer Herausforderungen auf der Agenda der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz gibt es guten Grund zu der Annahme, dass erlernte Hilflosigkeit überwunden werden kann. Dazu aber müssen die transatlantischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger den Optimismus und die Dynamik wiederbeleben, die zu Beginn der Biden-Administration spürbar waren. Sie müssen zudem zeigen, dass sowohl die Demokratie als Staatsform als auch Allianzen, die auf liberalen Werten basieren, für ihre Bürgerinnen und Bürger und die Welt insgesamt einen großen Mehrwert besitzen. Gemeinsam haben sie die Chance, die Krisenwelle zu brechen. Einzeln laufen sie Gefahr, von der Flut mitgerissen zu werden.